

Antrag

der Abgeordneten Dr. Ingomar Hauchler, Brigitte Adler, Ingrid Becker-Inglau, Rudolf Bindig, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Gabriele Fograscher, Achim Großmann, Reinhold Hemker, Brunhilde Irber, Eckart Kuhlwein, Konrad Kunick, Christoph Matschie, Ulrike Mehl, Reinhold Robbe, Dieter Schanz, Günter Schluckebier, Dagmar Schmidt (Meschede), Dr. Emil Schnell, Dr. Mathias Schubert, Dr. R. Werner Schuster, Dr. Angelica Schwall-Düren, Horst Sielaff, Dr. Peter Struck, Adelheid Tröscher, Hans Wallow, Matthias Weisheit, Verena Wohlleben, Hanna Wolf, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

11. Wiederauffüllung der International Development Association (IDA)

Zur Zeit laufen die Verhandlungen für die 11. Auffüllung der Mittel für die International Development Association (IDA). Es zeichnet sich ab, daß der amerikanische Kongreß – entgegen den Vereinbarungen zur 10. IDA-Auffüllung – eine Kürzung der letzten IDA-10-Rate um die Hälfte beschließen wird und seine Beiträge für die 11. IDA-Auffüllung deutlich senken wird. Die Bundesrepublik Deutschland sollte Kürzungen bei der IDA, die gerade die ärmsten Länder schwer treffen würden, entgegentreten. Gleichzeitig aber sollte sie Initiativen für die Steigerung der Effizienz von IDA ergreifen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Rahmen des vereinbarten „burden-sharing“ die IDA-Mittel entsprechend dem G7-Beschluß von Halifax angemessen aufzustocken und den für die 11. Auffüllung vorgesehenen Betrag im Bundeshaushalt 1996 so anzusetzen, daß mindestens real der Betrag der 10. Auffüllung erreicht wird;
2. bei Verweigerung des vollen „burden-sharing“ durch die Vereinigten Staaten mit den anderen Geberländern die Errichtung eines Sonderfonds zu prüfen, in den die übrigen IDA-Geberländer unter Lastenteilung einzahlen. Er soll mit Konditionen entsprechend IDA gestaltet werden;
3. dafür Sorge zu tragen, daß an Entscheidungsstrukturen eines solchen Sonderfonds nur die tatsächlichen Geberländer beteiligt werden und daß entsprechend multilateralen Gepflogenheiten nur deren Wirtschaft bei Ausschreibungen usw. berücksichtigt werden kann;

4. sich dafür einzusetzen, daß gemäß den Dokumenten der Verhandlungen zu IDA 9 und IDA 10 und gemäß dem Beschluß des Deutschen Bundestages – Drucksache 12/8207 – „50 Jahre Weltbank“ konkrete Vorstellungen zur Verbesserung der Qualität der laufenden und künftigen Projekte in den Bereichen Armutsbekämpfung, Umwelt, Energie entwickelt und kontrolliert umgesetzt werden; d. h. unter anderem Verhandlungsvorschläge zu unterbreiten
 - zur Integration verbesserter Umweltaktionspläne und Armutsberichte in die Länderstrategien, wobei die Situation der Frauen einbezogen werden muß,
 - zur Erhöhung des prozentualen Anteils der Programme und Projekte für Armutsbekämpfung und Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen,
 - zur Prüfung der Möglichkeit einer überproportionalen Förderung der Länder des afrikanischen Kontinents,
 - zur Überprüfung der Kriterien der Mittelvergabe, z. B. Berücksichtigung von Partizipation der Bevölkerung,
 - zum Erlaß der multilateralen Schulden gegenüber den ärmsten Ländern und zur Überprüfung der Zuschußförderung;
5. dafür Sorge zu tragen, daß der Personalanteil bei der Weltbank aus der Europäischen Union der europäischen finanziellen Beteiligung und hier der Beteiligung der einzelnen Mitgliedstaaten entspricht.

Bonn, den 21. September 1995

Dr. Ingomar Hauchler
Brigitte Adler
Ingrid Becker-Inglau
Rudolf Bindig
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Gabriele Fograscher
Achim Großmann
Reinhold Hemker
Brunhilde Irber
Eckart Kuhlwein
Konrad Kunick
Christoph Matschie
Ulrike Mehl
Reinhold Robbe
Dieter Schanz

Günter Schluckebier
Dagmar Schmidt (Meschede)
Dr. Emil Schnell
Dr. Mathias Schubert
Dr. R. Werner Schuster
Dr. Angelica Schwall-Düren
Horst Sielaff
Dr. Peter Struck
Adelheid Tröscher
Hans Wallow
Matthias Weisheit
Verena Wohlleben
Hanna Wolf
Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung

Die 1960 gegründete International Development Association (IDA), eine Weltbanktochter, ist die globale Entwicklungsbank für die ärmsten Länder der Welt. Diesen ca. 70 Staaten mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen unter 825 US-Dollar werden Kredite mit langen Laufzeiten und geringen Zinsen zur Verfügung gestellt. Die IDA-Mittel werden von den Industrieländern aus Steuergeldern gezahlt. An dem Gesamtvolumen der letzten, der 10. IDA-Auffüllung von 1994 bis 1996 von 13 Mrd. Sonderziehungsrechten (SZR) sind die USA mit einem Anteil von 20,86 Prozent, das sind 2,7 Mrd. SZR/ca. 3,75 Mrd. US-Dollar beteiligt. Der Anteil der Europäischen Union liegt mit 5,3 Mrd. SZR bei 41 Prozent. Die Bundesrepublik Deutschland steht mit einem Beitrag von 11 Prozent des Gesamtvolumens, das entspricht 1,43 Mrd. SZR/ ca. 3,2 Mrd. DM, an dritter Stelle der zur Zeit 34 Geberländer.

Angesichts der zunehmenden Verarmung, des Bevölkerungswachstums, fortschreitender Umweltzerstörung, deren Interdependenzen bekannt sind, bleibt die Arbeit von IDA ein tragender Pfeiler der Entwicklungsfinanzierung. Die G7-Staaten haben deshalb auch auf ihrer Tagung in Halifax im Juni 1995 ein „significant replenishment“ von IDA 11 beschlossen.

Die Bundesregierung hat in den Bundeshaushalt 1996 die Mittel für die 11. IDA-Auffüllung eingestellt, jedoch nur in Höhe des bereits für die 10. Auffüllung vereinbarten Betrags. Die Bundesregierung würde damit ihren Beitrag zu IDA 11 real senken. Angesichts der gestiegenen Aufgaben ist dies nicht zu vertreten. Das reale Niveau von IDA 10 sollte mindestens erhalten werden.

Die Bundesregierung betont, sie stelle Armutsbekämpfung und Umweltschutz in den Mittelpunkt ihrer Entwicklungspolitik. Im Antrag des Deutschen Bundestages zu „50 Jahre Weltbank“ (Drucksache 12/8207) wird sie vom Parlament aufgefordert, die Umwelt- und Sozialverträglichkeit der Weltbankprojekt- und -sektorkredite stärker als bisher einzufordern und für die 11. IDA-Aufstockung einen Verhandlungskatalog im Sinne jenes Antrages zu entwickeln.

Der Anteil der Deutschen am Personal der Weltbank liegt deutlich unter ihrem Finanzierungsanteil. Dies sollte Zug um Zug korrigiert werden, um der Bundesrepublik Deutschland einen angemessenen Anteil an den Entscheidungen zu sichern.

